

Informationsdienst für Aussiedler und Vertriebene

Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten

Nr. 89 | 16. Dezember 2016

Dauerhaftes Bekenntnis der Unionsfraktion zur Bedeutung des ostdeutschen Kulturerbes

Liebe Leserinnen und Leser,

die Sicherung ostdeutschen Kulturerbes ist uns als Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten seit jeher ein großes Anliegen. Wenn es gelingt, ein über viele Jahre beharrlich verfolgtes Projekt in die Wege zu leiten, ist dies ein Grund zu besonderer Freude. Auch hier gilt, dass ohne die Unterstützung zahlreicher Kolleginnen und Kollegen politische Projekte nicht realisierbar sind. Mein besonderer Dank gilt daher unserem Berichterstatter für Kultur im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages, Rüdiger Kruse, ohne den die Realisierung sicherlich unmöglich gewesen wäre. Was haben wir erreicht?

In kenntnisreicher und patriotischer Art und Weise hat eine deutsche Kunstgalerie über Jahrzehnte eine Sammlung ostdeutscher Goldschmiede- und Silberkunstgegenstände zusammengetragen, die vom Baltikum und Ostpreußen, über Danzig, Westpreußen, Pommern, Schlesien und Oberschlesien ein Schaufenster feinsten ostdeutscher Handwerkskunst abbildet. Ergänzt um Bernsteinarbeiten wie ein historisches Schachbrett aus Königsberg, das einstmals als Geschenk an den Hof des englischen Königs James I. gelangte, wird die Hochkultur des historischen deutschen Ostens in einzigartiger Art und Weise sichtbar. Sie muss auch künftigen Generationen unbedingt vermittelt werden! Aus diesem Grunde war es unser politisches Ziel, diese aus über 140 Einzelobjekten bestehende Sammlung als "gerettete Schätze des deutschen Ostens" für das Haus zu erwerben, das heute und in Zukunft als zentraler Ort der Darstellung deutscher Geschichte gelten darf: Das Deutsche Historische Museum in Berlin.

Namhafte internationale Experten – beispielsweise aus den USA, Großbritannien und der Schweiz – erkannten umgehend die herausragende historische Bedeutung und Qualität dieser historischen Zeugnisse der angewandten Kunst und die Möglichkeit, anhand ihrer enzyklopädischen Breite die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf eine weitgehend in Vergessenheit geratene Kulturregion zu lenken, die

sowohl deutscher als auch zugleich europäischer Prägung war. Das Deutsche Historische Museum wird durch die nun erreichte finanzielle Sicherung eines Ankaufs in die Lage versetzt, den historischen deutschen Osten nicht nur im Rahmen seiner Dauerausstellung bereichernd zu präsentieren. Auch im internationalen Leihverkehr trägt der von uns befürwortete Erwerb dieser bedeutenden Sammlung dazu bei, dass das Deutsche Historische Museum die große Strahlkraft des historischen deutschen Ostens durch die Leihgabe bedeutender Kunsthandwerksobjekte nun auch nach Übersee tragen kann. Für die Präsentation der reichen östlichen Dimension deutscher Geschichte ist dieses in meinen Augen ein unschätzbare Gewinn. Es bleibt zu hoffen, dass die entsprechenden Gremien des Museums den Ankauf nun in der vom Parlament intendierten Weise beschließen und zeitnah umsetzen.

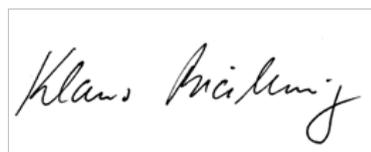
Im zurückliegenden zweiten Halbjahr 2016 ist ebenfalls die Richtlinie zur Entschädigung ehemaliger ziviler deutscher Zwangsarbeiter in Kraft getreten. Seit dem 1. August bearbeitet das Bundesverwaltungsamt nun die eingehenden Anträge, und von zahlreichen Betroffenen erhielten wir inzwischen die Nachricht, dass eine Auszahlung des symbolischen Betrags in Höhe von 2.500 Euro bereits erfolgt sei. Als Gruppe haben wir viele Jahre für dieses Ziel gearbeitet. Dass damit das individuelle Schicksal vieler Menschen Anerkennung findet, die aufgrund ihrer deutschen Staats- oder Volkszugehörigkeit Zwangsarbeit leisten mussten, ist ein bedeutender Schritt zur Aufarbeitung der Vergangenheit.

Ihnen allen wünsche ich nun ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches und gesundes neues Jahr 2017.



Klaus Brähmig
Vorsitzender der Gruppe
der Vertriebenen, Aus-
siedler und deutschen
Minderheiten

Foto: Privat



Inhalt

Haushaltsausschuss fördert deutsche Minderheiten im östlichen Europa	2
Haushaltsausschuss stärkt Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa	3
Festrede von Bundespräsident Joachim Gauck zum "Tag der Heimat" des Bundes der Vertriebenen	4
Dialog mit dem Bundesministerium des Innern	9
Richtfest beim Berliner "Deutschlandhaus"	9
Gespräch über das Sprachenprogramm des Goethe-Instituts	10
Umsetzung der Zwangsarbeiterentschädigung	10
Südliches Ostpreußen hat wichtige Bindegliedfunktion	11
Deutsche Minderheit in Polen feiert 25. Jubiläum in Oppeln	13
Grundsteinlegung des Sudetendeutschen Museums erfolgt	14
Klaus Brähmig spricht im "Heiligenhof" zur deutsch-tschechischen Erinnerungskultur	15
Charlotte-Dietrich-Schule in Hermannstadt eröffnet	16
Ausstellungseröffnung: "Verschwunden. Orte, die es nicht mehr gibt"	19

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB

Klaus Brähmig MdB
Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen,
Aussiedler und deutschen Minderheiten der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Alexander Vollmert
Sekretariat: Ines Roehm
T 030-227-55364
F 030-227-56154

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Haushaltsausschuss fördert deutsche Minderheiten im östlichen Europa

Finanzierung wichtiger Projekte gesichert

In seiner Bereinigungssitzung am 10. November 2016 hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages die Förderung der deutschen Minderheiten in Mittelost- und Südosteuropa gestärkt. Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Klaus Brähmig:

„Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat in seiner Bereinigungssitzung für den Bundeshaushalt 2017 wichtige Entscheidungen zugunsten der deutschen Minderheiten in Mittelost- und Südosteuropa getroffen. Einen wesentlichen Erfolg stellt dabei die Verstärkung des Titels ‚Allgemeine Hilfen‘ im Einzelplan des Bundesministeriums des Innern um zwei Millionen Euro dar. Durch die damit verbundene finanzielle Entlastung der ‚Stiftung für die Entwicklung Schlesiens‘ kommen diese Finanzmittel insbesondere der deutschen Minderheit in Polen zugute.

Des Weiteren ist es gelungen, die von der deutschen Minderheit in Rumänien getragenen Altenpflegeeinrichtungen mit 300.000 Euro zu unterstützen. Auf diese Weise ist es möglich, die vom rumänischen Staat durchgeführte Erhöhung der Löhne im staatlichen Gesundheitswesen auch auf die Einrichtungen der deutschen Minderheit auszuweiten. Damit wird einem Aderlass an qualifiziertem Personal effektiv entgegengewirkt.

In Tschechien werden das Begegnungszentrum im nordböhmischen Gablonz an der Neiße und der Kulturverband der Bürger deutscher Natio-

nalität in Prag erstmalig mit Mitteln in Höhe von zusammen 49.000 Euro unterstützt. Für die künftige Arbeit der deutschen Minderheit in Tschechien ist dieses von großer Bedeutung. Für die Ausarbeitung und Realisierung einer Wanderausstellung über die Geschichte und die Gegenwart Deutscher Minderheiten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa sowie in den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion werden im Haushaltsjahr 2017 Gelder in Höhe von 240.000 Euro zur Verfügung gestellt. Neben der identitätsstärkenden Wirkung im Kreise der deutschen Minderheit soll damit auch die Bevölkerung in den jeweiligen Mehrheitsgesellschaften angesprochen und über die Kultur und Geschichte der deutschen Minderheiten informiert werden. Das jahrhundertalte muttersprachlich deutsche Schulwesen in Rumänien wird durch eine Aufstockung der Beihilfen zur Lehrerbesoldung auf 1,25 Millionen Euro gestärkt. Dies ist eine Steigerung in Höhe von 250.000 Euro gegenüber dem Vorjahr und unterstreicht das kontinuierliche Engagement der Bundesrepublik Deutschland.

Die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dankt den Berichterstattern im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages, insbesondere Reinhard Brandl und Alois Karl, für ihren erfolgreichen Einsatz im Interesse der deutschen Minderheiten in Mittelost- und Südosteuropa. Die Unionsfraktion wird sich auch künftig als Vertreter der Interessen der Mitglieder der deutschen Minderheiten engagieren.“

Haushaltsausschuss stärkt Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

Bekanntnis der Union zu bedeutender Kulturregion



Foto: Privat

v.l.: Eckhard Pols, Rüdiger Kruse, Klaus Brähmig

In seiner Bereinigungssitzung am 10. November 2016 hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages die Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa enorm gestärkt. Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Klaus Brähmig:

„Die Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa erfährt im Rahmen des Bundeshaushalts 2017 eine enorme Aufwertung. Ihre große nationale Bedeutung wird damit eindrucksvoll unterstrichen. So wird der Ankaufsetat des Deutschen Historischen Museums in Berlin einmalig um 12 Millionen Euro erhöht. Das Deutsche Historische Museum wird damit in die Lage versetzt, als zentrales Museum für die deutsche Geschichte eine aus über 140 Objekten bestehende, einzigartige Sammlung bedeutender historischer Zeugnisse der angewandten Kunst aus den ehemals deutsch geprägten Gebieten Mitteleuropas zu erwerben.

Bei den aus dem Baltikum und Ostpreußen, Westpreußen, Danzig und Pommern sowie Schlesien und Oberschlesien stammenden Objekten handelt es sich um ein herausragendes und nicht reproduzierbares Denkmal, dessen besondere Bedeutung und Pathos vor allem dadurch entstehen, dass fast alles andere aus dieser Zeit verloren ist. Mit der Möglichkeit des Erwerbs dieser Sammlung, die vor allem Werke der Goldschmiedekunst umfasst, kann das Deutsche Historische Museum die bedeutende östliche Dimension deutscher Kulturgeschichte sowohl im Inland als auch im Rahmen des internationalen Leihverkehrs im Ausland präsentieren und einen wesentlichen Teil des deutschen Europas gültig darstellen. Das Deutsche Historische Museum muss nun diese geretteten Schätze des historischen deutschen Ostens möglichst bald im Rahmen ihres geschichtlichen Kontexts präsentieren. Es ist erfreulich, dass dazu bereits entsprechende Planungen im Hause vorliegen.

Des Weiteren stärkt der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages die Pflege des Kulturerbes Ostpreußens. So wird die zeitgemäße Überarbeitung der Dauerausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg mit Mitteln in Höhe von einer Million Euro gestärkt. Zur künftigen Darstellung der Geschichte der ostpreußischen Provinzhauptstadt Königsberg und ihres wohl bedeutendsten

Sohnes, des Philosophen Immanuel Kant, soll das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg baulich erweitert werden. Dazu stellt der Haushaltsausschuss Mittel in Höhe von 5,6 Millionen Euro zur Übernahme des Bundesanteils an den Baukosten zur Verfügung. Nun muss das Land Niedersachsen dafür gewonnen werden, seinen Beitrag zu diesem wichtigen Kulturprojekt zu leisten.

Auch die Kultur und Geschichte Siebenbürgens wird gestärkt. Der Umbau des traditionsreichen Zentrums der Siebenbürger Sachsen, Schloss Horneck in Gundelsheim/Neckar, zu einer Begegnungsstätte und die Erhaltung des dortigen ‚Siebenbürgischen Museums‘ werden mit 1,9 Millionen Euro unterstützt.

Die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dankt den Kulturberichterstatern im Haushaltsausschuss, insbesondere Rüdiger Kruse, für ihren erfolgreichen Einsatz zur Bewahrung und Pflege des ostdeutschen Kulturerbes. Die CDU/CSU-Fraktion hat sich in der Vergangenheit und wird sich auch künftig mit Nachdruck für die Stärkung dieses Kulturbereichs einsetzen, der für unser nationales Selbstverständnis von größter Bedeutung ist.“

Festrede von Bundespräsident Joachim Gauck zum "Tag der Heimat" des Bundes der Vertriebenen

Berlin, 3. September 2016



BdV-Archiv, Fotograf André Wagenzik

Bundespräsident Joachim Gauck am "Tag der Heimat" in der Urania in Berlin

Mehr als sieben Jahrzehnte ist es her, dass 14 Millionen Deutsche aus ihrer Heimat vertrieben wurden oder flohen.

Schon sieben Jahrzehnte ist es her, dass sie neu anfangen mussten: in Gegenden, die sie nicht kannten, unter Menschen, die eine andere Mundart sprachen, in einem Land, das nach einem verlorenen Krieg völlig zerstört war.

"Geste und Wertschätzung für diese Opfergruppe"

Doch selbst nach sieben Jahrzehnten ist die Vergangenheit nicht gänzlich vergangen. Noch immer sind nicht alle Wunden geheilt. Noch immer ist nicht alles Unrecht eingestanden. Erst im vergangenen Jahr hat der Deutsche Bundestag eine Entschädigung für deutsche Zivilisten beschlossen, die während des Zweiten Weltkrieges und danach von fremden Staaten zur Zwangsarbeit herangezogen wurden: Deutsche aus Ostpreußen, aus Pommern und Schlesien, Rumänien und Jugoslawien, aus Ungarn, die in die Sowjetunion deportiert wurden oder auch in Polen und der Tschechoslo-

wakei interniert und zur Zwangsarbeit verpflichtet worden sind. Weit wichtiger aber als die finanzielle Entschädigung ist für die Betroffenen dabei die Geste – die Tatsache, dass sie wahrgenommen werden. Wichtig ist, dass unsere Gesellschaft diesen Menschen, die monate- und manchmal jahrelang als

menschliche Reparationen missbraucht wurden, ein deutliches Signal gibt: Wir interessieren uns für Euer Schicksal! Wir wollen das Wissen über Eure Erlebnisse auch nachfolgenden Generationen vermitteln.

Wer kennt beispielsweise das Straflager 517 in Karelien? Ein Straflager vor allem für Frauen aus Ostpreußen, die bei eisigen Temperaturen Bäume fällen und Schneisen in den Wald schlagen mussten. Von den 2.000 Menschen, die im Frühjahr 1945 in Insterburg verladen worden waren, kamen bis zur Auflösung des karelischen Lagers gut ein halbes Jahr später 522 Insassen um.

Wer kennt das Lager bei Novo Gorlovka in der Ukraine, in das auf Befehl Stalins tausende von Rumäniendeutschen zum Arbeitsdienst deportiert wurden und das 334 Menschen, ausgemergelt von Arbeit und Hunger und ausgesetzt der Willkür und Brutalität der Wachmannschaften, nicht überlebten?

Und wer das Lager überlebte, den verfolgten die traumatischen Erlebnisse noch über Jahre und Jahrzehnte – die Appelle, die Entwürdigung, die Angst vor Strafen, die Angst vor dem Tod und immer wieder: der Hunger. All das blieb im Kopf und in der Seele auch nach der Entlassung und breite-

te sich dort aus. "Man kann sich nicht schützen, weder durchs Schweigen noch durchs Erzählen", bekennt Leopold Aberg, der Protagonist in Herta Müllers Roman "Atemschaukel".

Ich begrüße es außerordentlich, dass die Politik nun hilft, das Schicksal dieser Menschen aus dem Erinnerungsschatten zu holen. Und ich danke allen, nicht zuletzt dem Bund der Vertriebenen, die sich dafür eingesetzt haben!

Flucht und Vertreibung haben im 20. Jahrhundert massenhaft Bevölkerungsverschiebungen verursacht. Allein in Europa wurden im Zuge des Zweiten Weltkrieges 60 Millionen Menschen vertrieben, über zehn Prozent der Einwohner des Kontinents. Die Deutschen waren die größte Gruppe unter ihnen.

In den vergangenen sieben Jahrzehnten haben diese deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen einen langen Weg zurückgelegt. Lassen Sie uns diesen Weg noch einmal in Gedanken nachvollziehen: Er begann mit Verzweiflung, mit Trauer, oft auch mit Groll, führte später zur Öffnung gegenüber der neuen Heimat und schließlich – wohl auch unter dem Druck politischer Ereignisse – zur Aussöhnung mit dem Verlust der alten Heimat.

"Selbst nach sieben Jahrzehnten ist die Vergangenheit nicht gänzlich vergangen"

Vorbei die Zeiten, in denen es Hunderttausende zu alljährlichen Großveranstaltungen zog, um Verwandte und Bekannte aus der alten Heimat zu treffen und wenigstens für einige Stunden "heimzukehren" in die alte,

in die verlorene Welt, in den Trachten und mit der Musik von einst. Vorbei auch die Zeiten, in denen große Parteien das Heimischwerden in Westdeutschland erschwerten, weil sie die Rückkehr in die alte Heimat versprachen und Vertriebenenpolitiker eine Revision der deutschen Grenzen forderte.

Glücklicherweise überwunden sind auch Denkweisen, die durch die Fokussierung auf das eigene Leid allzu häufig verhinderten, sich der brutalen Unterdrückung, Vertreibung und Vernichtung zu stellen, die Deutsche zuvor zum Alltag deutscher Großmachtspolitik gemacht hatten. Überwunden sind schließlich auch die Unterdrückung des Themas Flucht und Vertreibung – wie in der DDR – oder seiner Marginalisierung – wie in der Bundesrepublik in Zeiten der Entspannungspolitik. Besonders linke und liberale Milieus versuchten damals aus dem öffentlichen Diskurs auszuklammern, was einer Annäherung mit den Nachbarn im Osten im Wege stand.

Vertriebene und ihre Verbände gerieten in dieser Zeit oftmals an den gesellschaftlichen Rand. Ich kann verstehen, dass Flüchtlinge und Vertriebene Unwillen auf sich zogen, solange Verbandsvertreter mit territorialen Forderungen auftraten oder selbstgerecht nur das eigene Leid thematisierten – als Störenfriede in einem Europa, das nach dem Kalten Krieg die Annäherung brauchte und suchte. Ich kann aber auch die Klagen und den Groll vieler Flüchtlinge und Vertriebener verstehen, die sich mit ihrem Schicksal zeitweilig von der Gesellschaft allein gelassen sahen und kaum Verständnis erhoffen konnten. Ich verstehe das.

Viele hier im Saal dürften es mit Bitterkeit erinnern: Heimatverlust wurde im Westdeutschland der 1970er und 1980er Jahre weitgehend als Kollektivbestrafung für die Verbrechen akzeptiert, die von Deutschen begangen worden waren. Selbst Söhne und

Töchter der Vertriebenen wollten oft nichts hören von dem, was Vater und Mutter durchlebt hatten, wollten nichts wissen von dem Verstörenden, was sich manchmal auch hinter Schweigen verbergen konnte. "Heimat", so erinnert sich die Journalistin Petra Reski, "war ein überwundenes Relikt aus der trüben Vergangenheit, und ich war froh, mit so etwas nicht geschlagen zu sein.[...] Was heult ihr denn jetzt, dachte ich, ihr seid doch selbst schuld, dass man euch vertrieben hat. Ich war der neue Mensch. Ich stand auf der Seite der Sieger." Hier endet das Zitat und viele von Ihnen werden sich an Haltungen erinnern, die uns damals im eigenen Umfeld begegnet sind. Und die jungen Men-

hatten, und dem Leid, das ihnen als Antwort darauf zugefügt wurde. Viele Vertriebene machten sogar die erleichternde Erfahrung: Gerade weil sie sich zur deutschen Schuld bekannten, konnten sie bei unseren Nachbarn auch Verständnis für deutsches Leid erwecken. Und viele Söhne und Töchter erkannten: Die Empathie mit den Opfern der Deutschen – mit Juden, Russen, Polen – schließt die Empathie mit deutschen Opfern doch keineswegs aus.

"Mit einem Mal schämte ich mich dafür, als Kind so hartherzig gewesen zu sein", bekannte Petra Reski nach einem Besuch der ostpreußischen Heimat ihres Vaters. "Für meine Familie war es Heimat, für mich Ideologie. Für sie war es [...] der morgendliche Dunst über den Feldern, [...] das Schwarz des Waldsees, ein Brombeergebüsch, der Geruch von Kartoffelfeuern. Für mich ein unentwirrbares Knäuel von bedrohlichen Begriffen wie Nationalsozialismus, Revanchismus, Revisionismus. Und die Ideologie verbot mir zu denken, dass die Flüchtlinge für den verlorenen Krieg einen höheren Preis hatten bezahlen müssen als andere Deutsche."



v.l.: Bernd Posselt, Klaus Brähmig, Bernd Fabritius, Christa Naab, Steffen Hörtler, Reinhard Vogler, Albrecht Schläger

schon, die so sprachen, kamen sich dabei sehr gut vor.

So schrumpfte die Heimat von Flüchtlingen und Vertriebenen zu einem Sehnsuchtsort in der Phantasie, der belebt wurde zu fortgeschrittener Stunde auf Familienfeiern oder beim Lesen der Texte von Johannes Bobrowski, Günter Grass, Arno Surminski oder Siegfried Lenz. Der aber auch tief in der Seele vergraben sein konnte und sich manchmal nur in Träumen meldete.

Den versöhnlichen Umgang mit Flucht und Vertreibung lernten wir Deutsche erst mit großem Abstand: seitdem der Zweite Weltkrieg in unserem Bewusstsein angekommen ist als untrennbare Einheit von der Schuld, die die Deutschen auf sich geladen

Siegfried Lenz ließ das masurische Heimatmuseum, das bei der Flucht nach Schleswig-Holstein gerettet worden war und das seinem Roman den Titel gab, Heimatmuseum, 1978 noch in Brand stecken. Er fürchtete, es könnte revanchistischen Mitgliedern eines Heimatverbandes in die Hände fallen. Heute hätte sich Lenz wahrscheinlich anders entschieden. Heute brauchen wir nicht mehr aus Angst vor Missbrauch zu vernichten, was uns doch kostbar ist. Die Erinnerung schmerzt vielleicht noch, aber der Blick zurück ist nicht mehr mit einer Hoffnung auf eine Rückkehr zu alten Zeiten verbunden. Die Vertriebenen dürfen, ja sie sollen sich erinnern, damit ihre Seelen Frieden finden. Die Gesellschaft darf, ja sie soll sich erinnern, um – gerade in der heutigen Zeit – Sensibilität gegenüber den Themen Flucht und Vertreibung auf der ganzen Welt zu schaffen und

zu erhalten. Deshalb mein Zuruf an die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung: Widmen Sie sich diesen wichtigen Aufgaben engagiert und phantasievoll!

Wir alle haben gelernt – die Vertriebenen, ihre Nachkommen und die ganze Gesellschaft. Wir haben gelernt in Folge der äußeren Veränderungen und des Drucks, uns diesen Veränderungen anzupassen. Die Identität – über die der "Tag der Heimat" in diesem Jahr nachzudenken einlädt – hat sich keinesfalls als starres, unveränderbares, gar bestimmendes Schicksal erwiesen, sondern als Prägung, die auch von Wunsch und Willen des Einzelnen abhängig ist.

Heute können Vertriebene, wenn sie das wünschen, eine Wiederannäherung an die Orte ihrer Kindheit und Jugend leben, wie sie lange illusorisch schien. Seit der Eisernen Vorhang fiel und die mittelosteuropäischen Staaten der Europäischen Union beitraten, sind die Staatsgrenzen durchlässig. Nichts steht Begegnungen mit der alten Heimat und ihren neuen Bewohnern im Wege. Und ich bin sicher: Auch viele hier im Saal sind in ihre Geburtsorte gereist, womöglich gemeinsam mit Kindern und Kindeskindern. Und einige haben sich in der alten Heimat sogar einen zweiten Wohnsitz geschaffen. All das ist heute möglich.

Nun hoffe ich, dass diese vielfältigen Kontakte mit den Herkunftsländern den ehemaligen deutschen Kulturraum des Ostens auch wieder stärker in das Gedächtnis unserer Nation holen. Dass noch mehr Menschen entdecken, wie Architektur, Literatur, Philosophie, Musik, wie die gesamte Geschichte des Ostens nicht nur die östlichen Gebiete geprägt haben, sondern die ganze deutsche Nation. Erinnert sei hier nur an Immanuel Kant und Johann Gottfried Herder, an Ferdinand Lassalle und Erich Mendelsohn, an Joseph von Eichendorff und Gustav Freytag, an Hermann Sudermann und Ernst Wiechert, an Werner Bergengruen, Georg Dehio und Marie von Ebner-Eschenbach.

Lassen Sie mich also mein Anliegen so zusammenfassen: Das Erinnern, das Gedenken, das Bewahren der Traditionen, darf nicht allein in den Verbänden aufgehoben sein. Geschichte und Kultur der ehemaligen deutschen Siedlungsgebiete gehören in das kollektive Gedächtnis der ganzen Nation. Zahlreiche Initiativen haben bereits begonnen, den ehemaligen deutschen Osten auf neue Weise wiederzuentdecken. Das, was stattfindet, ist mehr als eine einfache Freilegung dessen, was über Jahrzehnte in den Herkunftsländern verboten, verdrängt oder tabuisiert war – es ist eine Wiederaneignung in neuem historischen Kontext. Und sie erwächst nicht nur aus dem Interesse von Deutschen – manchmal sind die Menschen in unseren Nachbarländern sogar noch stärker motiviert.

"Die Geschichte der ehemaligen deutschen Siedlungsgebiete gehört in das kollektive Gedächtnis der ganzen Nation"

So werden Erinnerungen, die über Jahrzehnte konkurrierend nebeneinander, oft auch gegeneinander standen, heute öfter miteinander verflochten und geteilt. Vielfach sind deutsche Geschichte und deutsche Geschichten bereits in Romane und Filme polnischer und tschechischer Autoren eingegangen. Auf das alte Danzig stoßen wir inzwischen nicht nur in der "Blechtrummel" von Günter Grass, sondern auch in den Romanen von Stefan Chwin und Paweł Huelle. Und über die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei berichten nicht nur Betroffene wie die Journalistin Barbara Coudenhove-Kalergi, sondern auch junge tschechi-

sche Autoren wie Kateřina Tučková und Radka Denemarková.

Ja, selbst schwierige Themen werden nicht mehr ausgeklammert. Der Wenzel-Jaksch-Gedächtnispreis der Seliger-Gemeinde wurde in diesem Jahr an Petr Vokřál verliehen, den Oberbürgermeister von Brünn. Anlässlich des 70. Jahrestages des "Brünner Todesmarsches" hatte der Stadtrat ein "Jahr der Versöhnung" ausgerufen und einen Gedenkmarsch organisiert, der in Gegenrichtung zum damaligen Vertreibungsweg in der Stadt Brünn endete: Damit sollen symbolisch die Deutschen in Brünn wieder begrüßt werden.

Besonders bemerkenswert sind die vielfältigen Bemühungen zur Bewusstmachung deutscher Geschichte in Breslau, der schlesischen Metropole, die für dieses Jahr zur Kulturhauptstadt Europas ernannt wurde. Nach aufwendiger Renovierung hat sich die Synagoge "Zum Weißen Storch" zu einem der schönsten kulturellen Zentren der Stadt entwickelt – gebaut wurde sie 1829 vom deutschen Architekten Ferdinand Langhans. Büsten anderer deutscher Breslauer, die sich um die Stadt verdient gemacht haben, stehen in der Eingangshalle des alten Rathauses neben prominenten polnischen Bürgern: von der Heiligen Hedwig über Adolph Menzel bis zu Max Born und Edith Stein. Und die Universität ehrt in ihren Hallen die zehn Nobelpreisträger, die zu deutschen Zeiten in dieser Stadt geboren wurden. Im vergangenen Jahr hat die Universität zudem die Aberkennung der akademischen Titel für fast 260 deutsche Wissenschaftler – vor allem jüdischer Herkunft – aufgehoben, die von den Nationalsozialisten in der unglückseligen Zeit vollzogen worden waren.

Mag das polnische Breslau auch kein Rechtsnachfolger des deutschen Breslau sein, so fühlt es sich doch zunehmend verantwortlich für das Erbe: Polnische Breslauer wollen nicht einfach die Gebäude bewohnen, sondern sich auch mit dem Geist auseinandersetzen, der in diesen Mauern herrschte. Im Guten wie im Bösen.

Und so wollen wir denn loben, was an vielen Orten der Herkunftsländer in den vergangenen 25 Jahren geschah, ohne uns der Täuschung hinzugeben, diese Offenheit und Gemeinsamkeit und staatenübergreifende Sicht seien unumkehrbar. Vielmehr gilt es weiterhin alles zu tun, damit die Gespenster der Vergangenheit keine Chance erhalten, Völker wieder gegeneinander aufzubringen.

"Alles tun, damit die Gespenster der Vergangenheit keine Chance erhalten, Völker wieder gegeneinander aufzubringen"

Über die Jahrzehnte hin haben wir die Geschichte von Flucht und Vertreibung der Deutschen interpretiert im Rahmen unserer nationalen Geschichte, als Reaktion auf den Krieg, auf Gewaltherrschaft und Genozid, die vom nationalsozialistischen Deutschland ausgingen. Inzwischen haben wir etwas dazugelernt. Wir haben gelernt, sie auch im Kontext einer internationalen Geschichte zu verstehen, die das 20. Jahrhundert zu einem Jahrhundert der Vertreibungen werden ließ. Zu einem Jahrhundert, in dem die Gewaltmigration geprägt war von völkischem Nationalismus und Rassismus und so viele Menschen ihre Heimat oder ihr Leben verloren wie niemals zuvor – aus ethnischen, rassistischen, religiösen oder politischen Gründen. In Europa, Asien, Afrika, im Nahen und Mittleren Osten.

Nur unzureichend haben wir bisher wahrgenommen, dass Flucht und Vertreibung das 20. Jahrhundert nicht nur in Mitteleuropa, sondern weltweit so stark geprägt haben. Über vier Fünftel aller weltweit registrierten Flüchtlinge sind nämlich möglichst nahe der Heimat geblieben, in den

Staaten des Globalen Südens, in Entwicklungs- und in Schwellenländern. Deutschland aber war in den letzten Jahrzehnten, wenn wir von den Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien absehen, nur selten Ziel von wirklich großen Gruppen Schutzsuchender. Erst jetzt sind wir konfrontiert mit Hunderttausenden, die gewaltsame Auseinandersetzungen im Nahen Osten und in Afrika nach Europa und in unser Land treiben.

Jetzt sind wir gefordert, jene Verpflichtung einzulösen, die die Bundesrepublik mit der Genfer Flüchtlingskonvention Mitte der 1950er Jahre übernommen hat, zu einer Zeit, in der niemand Fluchtbewegungen in der augenblicklichen Größe vorhergesehen hat und vorhersehen konnte. Und wir haben uns mit der schwierigen Frage auseinanderzusetzen, wie wir unserer rechtlichen und moralischen Verpflichtung zum Schutz von Verfolgten nachkommen können, ohne die Stabilität und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu gefährden.

Eines wissen wir: Die existentielle Erfahrung eines Heimatverlustes ist Flüchtlingen auf der ganzen Welt gemein – die tiefe Prägung durch eine häufig traumatische Flucht, die Trauer um das Verlorene, das Fremdsein im Ankunftsland, die Zerrissenheit zwischen dem Nicht-Mehr-Dort- und Noch-Nicht-Hier-Sein.

"Es plagte mich die Sehnsucht nach Rückkehr", gesteht Bahman Nirumand, der als politischer Flüchtling aus dem Iran Anfang der 1980er Jahre nach Deutschland kam. So wie die deutschen Vertriebenen von Schlesien, dem Sudetenland oder der Bukowina träumten, so träumen die Flüchtlinge unserer Tage vom Basar in Aleppo, vom Volkspark in Teheran oder dem Sindschar-Gebirge im Nordirak. Und würde man den Namen des Landes austauschen, könnte das, was der syrische Dokumentarfilmer Orwa Nyrabia anderthalb Jahre nach seiner Flucht bekannte, vor siebzig Jahren auch ein Vertriebener gesagt haben. Ich zitiere: "Die ständige Beschäftigung mit Syrien verhindert, dass ich ein neues Leben in Berlin su-

che. Man bleibt gefühlsmäßig fremd. Aber andererseits hilft es meinem inneren Gleichgewicht, weil ich spüre, dass ich nicht vollständig von meinen Wurzeln abgeschnitten bin."

Wir wissen aus der eigenen geschichtlichen Erfahrung: Es braucht Zeit, Flüchtlinge in eine Gesellschaft einzugliedern, und es braucht Zeit, Einheimische an eine sich verändernde Gesellschaft zu gewöhnen. Wir beginnen aber erst allmählich zu erfassen, wie langdauernd und wie kräftezehrend auf beiden Seiten der Prozess der Eingliederung ist, wenn Einheimische und Ankömmlinge gänzlich anderen und unterschiedlichen Kulturen angehören.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen ja Menschen, die dieselbe Sprache sprachen, denselben christlichen Konfessionen und derselben Kultur angehörten. Heute fällt Einheimischen wie Neuankömmlingen die sprachliche Verständigung schwer, sehr schwer, und jede Seite fremdelt mit den Mentalitäten, Religionen und Lebensstilen der jeweils Anderen. Der iranische Autor Bahman Nirumand beispielsweise brauchte viele Jahre, sich geistig, kulturell, aber auch emotional der neuen Umwelt anzunähern. "In mir" – bekannte er – "fand ein permanenter Kulturaustausch, ja ein regelrechter Kulturkampf statt."

"Nötig ist ein langer Atem"

Im Unterschied zu den Vertriebenen von damals ist Deutschland für die Flüchtlinge von heute auch nicht das Vaterland, sondern der fremde Staat, der sich in vielen Fällen nur als vorübergehender Schutzraum oder zeitweiliges Gastland erweisen wird. Menschen, deren Asylantrag abgelehnt wird, müssen unser Land in der Regel wieder verlassen. Selbst für jene, die als politische oder Bürgerkriegsflüchtlinge anerkannt sind, existiert – anders als bei den Deutschen nach 1945 – oftmals tatsächlich eine Rückkehroption.

Nicht verschwiegen werden soll an dieser Stelle auch, dass die augenblickliche Flüchtlingszuwanderung mit Risiken verbunden ist, die die Einwanderung von vor siebzig Jahren so nicht kannte. Kein Land, das Schutzbedürftige aufnimmt, kann völlig ausschließen, dass sich unter die Fliehenden auch Personen mischen, die dem Aufnahmeland Schaden zufügen wollen oder sich nach der Aufnahme radikalieren. Das macht es heute für viele Menschen noch schwieriger als damals, wirklich Hilfsbedürftigen mit Offenheit und Empathie zu begegnen.

*"Offenheit,
Hilfsbereitschaft und
Mitmenschlichkeit
gegenüber
Verfolgten,
Vertriebenen und
Entrechteten"*

Wir brauchen also einen langen Atem, damit jene, die bleiben wollen und dürfen, das Gefühl der Zugehörigkeit zu diesem Staat und der Loyalität ihm gegenüber entwickeln. Selbst die Integration der deutschen Vertriebenen war keineswegs immer eine Erfolgsgeschichte. Allzu oft stießen sie auf Kälte und Ablehnung, obwohl sie Deutsche waren. Sie waren – wie der Schriftsteller Peter Härtling es aus eigener Erfahrung wusste – "Fremde, [...] die behaupteten, Häuser und Höfe

besessen zu haben, und nichts als dreckige Bündel und ihre Anmaßung mitbrachten. Fremde, die vorgaben, Deutsche zu sein, und sich in einer falschen Sprache ausdrückten, die man weit fortwünschte."

Wie wir sehen braucht es wenig, um jemanden zum Fremden abzustempeln. Und es fällt leicht, sich seinem Leid dann zu verschließen und stattdessen in eine Opferkonkurrenz einzutreten. Ältere hier im Saal dürften sich an die Bewohner bombardierter Großstädte erinnern, die ihr Leid damals gegen das der Flüchtlinge aufrechneten. Andere dürften aber auch von Vertriebenen gehört haben, die den Flüchtlingen von heute eine Unterstützung missgönnten, auf die sie selbst damals leider nicht hoffen konnten.

Denen, die so fühlen und denken, möchte ich sagen: Wirkliche Empathie sieht allein das leidende Individuum. Deshalb ist mir auch jene Haltung im aktuellen Diskurs fragwürdig, die die Flüchtlinge von heute willkommen heißt, das Schicksal der Landsleute von damals aber ignoriert oder marginalisiert.

Wir brauchen keinen Wettstreit darüber, wer mehr gelitten hat und wem mehr geholfen wurde. Flüchtlinge – wie Opfer überhaupt – müssen sich nicht gegenseitig verdrängen im Kampf um öffentliche Aufmerksamkeit, sie können ihre Schicksale vielmehr miteinander verknüpfen.

Es hat mich beeindruckt, wie vertriebene Deutsche in den vergangenen Monaten gemeinsam mit Flüchtlin-

gen aufgetreten sind, wie sie sich ausgetauscht und um gegenseitiges Verständnis geworben haben. Ein Drittel unter den ehrenamtlichen Flüchtlingshelfern, so ergab es eine neue Untersuchung, kommt selbst aus einer Vertriebenenfamilie, prozentual also weit mehr, als ihrem Anteil in der Bevölkerung entspricht. Ihnen allen gilt mein ausdrücklicher Dank!

Wer wüsste besser als die Vertriebenen, dass der beste und schnellste Weg zur Eingliederung über das gemeinsame Tun und das persönliche Miteinander erfolgt – in der Arbeitswelt, aber auch im Alltag. Wer wüsste besser als die Vertriebenen, dass schneller in neuer Umgebung ankommt, wer neben staatlicher Unterstützung auch gesellschaftliche Offenheit erfährt.

Viel Arbeit liegt vor uns. Flüchtlinge wie Mehrheitsgesellschaft werden sich verändern, Deutschland als Ganzes wird sich verändern. Und dennoch werden wir bleiben, wer wir sind, weil wir entschlossen sind, diesen Prozess zu gestalten: in dem Geist und auf die Art und Weise, die uns und unserem Land entsprechen.

Wir werden festhalten an unseren Grundlagen der Demokratie und des Rechtes. Und wir werden geprägt bleiben vom humanen Geist und einer Haltung der Offenheit, Hilfsbereitschaft und Mitmenschlichkeit gegenüber Verfolgten, Vertriebenen und Entrechteten. Das bleibt unser Markenzeichen. Das wollen wir, das werden wir nicht aufgeben.

Wahlrecht für Auslandsdeutsche

Dialog mit dem Bundesministerium des Innern

Bereits im Hinblick auf die Bundestagswahl 2017 führte die Gruppe einen Gedankenaustausch mit dem für das Wahlrecht zuständigen Referatsleiter im Bundesministerium des Innern, Jörg Boehl. Durch den im Jahre 2012 getroffenen Allparteienkompromiss zum Wahlrecht für Auslandsdeutsche wurde das deutsche Wahlrecht erstmals dergestalt verändert, dass auch deutsche Staatsangehörige an einer Bundestagswahl teilnehmen können, die noch nie im Bundesgebiet ansässig gewesen sind. In diesem Fall muss allerdings eine Vertrautheit mit den aktuellen politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland dargestellt wer-



v.l.: Manfred Behrens, Bernd Fabritius, Jörg Boehl, Heiko Schmelzle, Heinrich Zertik, Iris Ripsam

Foto: Steven Rösler

gangenheit in Deutschland anscheinend unterschiedliche Handhabungen in den lokalen Wahlämtern gegeben haben soll, wird sich die Gruppe um die Zurverfügungstellung von konkreten Fällen bemühen, damit diesen dann mit ausreichendem zeitlichen Vorlauf

zur Bundestagswahl 2017 nachgegangen werden kann. Diese unterschiedliche Verwaltungspraxis in Deutschland war zahlreichen Landsmannschaften und Vertretern der deutschen Minderheiten geschildert worden. Da von dieser Regelung viele Mitglieder der deutschen Minderheiten in den Staaten Mittelost- und Südosteuropas betroffen sind, wird es für notwendig erachtet, die Institutionen der Selbstverwaltung der deutschen Minderheiten über diesen Sachverhalt zu informieren. Da es in der Ver-

gangenen Zeit in Deutschland anscheinend unterschiedliche Handhabungen in den lokalen Wahlämtern gegeben haben soll, wird sich die Gruppe um die Zurverfügungstellung von konkreten Fällen bemühen, damit diesen dann mit ausreichendem zeitlichen Vorlauf zur Bundestagswahl 2017 nachgegangen werden kann. Diese unterschiedliche Verwaltungspraxis in Deutschland war zahlreichen Landsmannschaften und Vertretern der deutschen Minderheiten geschildert worden.

Richtfest beim Berliner "Deutschlandhaus"

Zukünftiger Sitz der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Für den Umbau und die Erweiterung des Berliner "Deutschlandhauses" zum künftigen Sitz der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung konnte am 17. Oktober 2016 das Richtfest gefeiert werden. Einen Tag später bestand für die Mitglieder der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten die Gelegenheit, die eigentliche Baustelle näher in Augenschein zu nehmen.



v.l.: Andrea Moll, Michael Martin, Eckhard Pols, Gundula Bavendamm, Heiko Schmelzle

Foto: Steven Rösler

sehen, in der die Vertreibungsgeschichte der Deutschen im Mittelpunkt stehen wird. Dies entspricht der gültigen Konzeption der Dauerausstellung, die vom Stiftungsrat beschlossen wurde.

Es ist wichtig, dass dieses für die nationale Identität Deutschlands bedeutende Thema

von Flucht und Vertreibung künftig im Zentrum Berlins in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rückt. Die Gruppe wird die weitere Entwicklung von Stiftung und Bau auch künftig eng begleiten.

Das "Deutschlandhaus", in den 1920er Jahren im Stil der "Neuen Sachlichkeit" errichtet und nach Schäden im Zweiten Weltkrieg in den 1950er Jahren wiederhergestellt, wurde dazu in den vergangenen Jahren komplett entkernt. Vor dem Hintergrund eines durch Gründungsarbeiten des Neubaus eingetretenen Zeitverzugs rechnet man nun mit einer Fertigstellung des Baus im Jahre 2018. Von den rund 3.000 Quadratmetern Nutzfläche des Neubaus sind 1.200 Quadratmeter für die geplante Dauerausstellung vorge-

von Flucht und Vertreibung künftig im Zentrum Berlins in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rückt. Die Gruppe wird die weitere Entwicklung von Stiftung und Bau auch künftig eng begleiten.

Kooperation mit den deutschen Minderheiten wichtig Gespräch über das Sprachenprogramm des Goethe-Instituts

In seiner weltumspannenden Tätigkeit erfüllt das mit Hauptsitz in München ansässige Goethe-Institut die Aufgabe, die Kenntnis der deutschen Sprache im Ausland zu fördern, die internationale kulturelle Zusammenarbeit zu pflegen und ein umfassendes, aktuelles Deutschlandbild zu vermitteln.



Foto: Steven Rösler

v. l.: Heinrich Zertik, Peter Beyer, Helmut Nowak, Heike Uhlig, Klaus Brähmig, Bernd Fabritius

Kulturorganisationen. Aus diesem Grunde führte die Gruppe einen Gedankenaustausch mit der Leiterin des Sprachprogramms, Heike Uhlig, in dem auch darüber beraten wurde, in welchem Bereich künftig ein verstärktes deutsches Engagement wünschenswert sei.

Innerhalb dieses Auftrags unterstützt das Goethe-Institut die deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa sowie Zentralasien durch kulturelle und bildungspolitische Maßnahmen. Die Minderheiten sind dabei nicht nur Zielgruppe der Angebote, sondern die Strukturen ihrer Selbstorganisation werden als aktive Partner – beispielsweise bei der Durchführung von Sprachkursen – eingebunden. Förder-

schwerpunkt des Goethe-Instituts ist dabei vor allem die Vermittlung landeskundlichen Wissens, gefolgt von außerschulischem Deutschunterricht und Sprachkursen für Erwachsene, der Vermittlung methodischer und didaktischer Fähigkeiten für den Deutschunterricht, der Beschaffung von Lehrmitteln für Bibliotheken und

Die Gruppe wird sich daher bei künftigen Haushaltsberatungen für eine finanzielle Stärkung des Programms der Sprachassistenten einsetzen und deren Einsatz in Regionen mit starker Verwurzelung der deutschen Minderheiten unterstützen.

Umsetzung der Zwangsarbeiterentschädigung

Bundesverwaltungsamt informiert die Gruppe über Sachstand

Seit dem 1. August 2016 ist die Richtlinie zur Anerkennungsleistung an ehemalige zivile deutsche Zwangsarbeiter in Kraft. Betroffene können nun bis zum 31. Dezember 2017 über das Bundesverwaltungsamt einen Antrag auf Gewährung einer Einmalleistung in Höhe von 2.500 Euro stellen. Nach Ablauf der ersten vier Monate des Verfahrens erstattete der Präsident des



Foto: Steven Rösler

v.l.: Sebastian Klappert, Rainer Hoffstedde, Klaus Brähmig, Christoph Verenkotte, Michael Richter, Heinrich Zertik, Helmut Sauer, Helmut Nowak

Bundesverwaltungsamtes in Köln, Christoph Verenkotte, den Mitgliedern der Gruppe über den aktuellen Stand der Antragstellung und Bearbeitung der Zwangsarbeiterentschädigung Bericht. Insgesamt hatte der Deutsche Bundestag 50 Millionen

Euro für dieses Projekt zur Verfügung gestellt und damit ein langjähriges politisches Anliegen der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten erfüllt. Bis Ende November 2016 waren bereits über 10.000 Anträge eingegangen, von de-

nen 70 Prozent von Personen der Jahrgänge 1920 - 1929 gestellt wurden. Es wurde vereinbart, über die weitere Umsetzung der Anerkennungsleistung im engen Dialog zu bleiben und das Projekt auch weiterhin politisch zu begleiten. Das Bundesverwaltungsamt erwähnte im Besonderen die große Dankbarkeit, die von Seiten des hoch betagten Kreises der Berechtigten gezeigt werde, deren schweres Schicksal durch die Anerkennungsleistung eine symbolische Würdigung erfahre.

desverwaltungsamt erwähnte im Besonderen die große Dankbarkeit, die von Seiten des hoch betagten Kreises der Berechtigten gezeigt werde, deren schweres Schicksal durch die Anerkennungsleistung eine symbolische Würdigung erfahre.

Südliches Ostpreußen hat wichtige Bindegliedfunktion

Gemeinsame Geschichte verbindet Deutschland und Polen



Foto: privat

Die deutsche Delegation der Abgeordneten Klaus Brähmig, Eckhard Pöls und Hans-Georg von der Marwitz vor Schloss Steinort, einstmals Sitz der Grafen Lehndorff

schaft, Edyta Gładkowska, zusammen.

Im Verlauf der Reise wurde vor allem deutlich, dass die Kooperation der staatlichen polnischen Institutionen mit den Strukturen der deutschen Minderheit in Ermland-Masuren unbeeindruckt von aktuellen politischen Akzentverschiebungen auf nationaler Ebene fortbesteht. Es wird auch weiterhin eine

parteiübergreifend enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit gepflegt. Dies betrifft Kommunen, Landkreise wie auch die Wojewodschaft Ermland-Masuren. Im Vergleich zu anderen Regionen Polens, vor allem zu Oberschlesien, lebt und gestaltet die deutsche Minderheit in Ermland-Masuren ihre identitätsstiftende Arbeit im Kontext einer starken Diasporasituation. Durch Flucht und Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkrieges blieben im südlichen Ostpreußen nur verhältnismäßig wenige Deutsche zurück. Das Verbot, zur Zeit des Kommunismus in Polen die deutsche Sprache zu pflegen, sowie von Mischehen zwischen Deutschen und Polen führten in Ermland-Masuren zu einem starken Verlust an deutschen Sprachkenntnissen, dem die Strukturen der Selbstverwaltung der deutschen Minderheit mit einem breiten Angebot an Sprachkursen entgegenwirken.

Das Angebot der deutschen Minderheit reicht von klassischen identitätsstiftenden Angeboten wie Tanz- und Theatergruppen bis hin zu Samstagsschulen. Spracherwerb und -vermittlung ist ein zentrales Aufgabenfeld der Minderheitenselbstverwaltung. Auch regelmäßige katholische Gottesdienste in deutscher Sprache werden an verschiedenen Orten der



Foto: privat

Kranzniederlegung zu Ehren von Heinrich Graf Lehndorff (1909 - 1944) und des Widerstands vom 20. Juli 1944 am Gedenkstein vor Schloss Steinort

Region abgehalten. Sinnvoll hinsichtlich der Frage der Zukunftsfähigkeit der Minderheitenarbeit ist in diesem Zusammenhang die Entsendung eines externen Kulturmanagers durch das Institut für Auslandsbeziehungen (IfA), der beim Regionalverband der Minderheit in Allenstein angesiedelt ist. In Ermland-Masuren umfassen seine Projekte u. a. wirtschaftliche Fragen wie beispielsweise die Entwicklung des Qualitätstourismus in der Region.

Das deutsche Kulturerbe im südlichen Ostpreußen sowie seine weitere Sicherung und Nutzung stand ebenfalls im Mittelpunkt der Reise. So besuchte die Delegation das zwischen Mauersee und Dargainensee gelegene Schloss Steinort der Grafen Lehndorff, das sich heute im Besitz der Polnisch-Deutschen Stiftung Kulturpflege und Denkmalschutz (PNF) befindet. Mit finanzieller Unterstützung aus Deutschland, nicht zuletzt seitens der



Foto: privat

Beim Besuch der deutschen Minderheit in Rastenburg traf die Delegation auch mit dem Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, zusammen



Foto: privat

Nach einem Gespräch mit der deutschen Minderheit in Bischofsburg, östlich von Allenstein



Foto: privat

Unter Leitung von Henryk Hoch (vorne Mitte) entwickelt der "Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren" umfangreiche Aktivitäten

Bundesregierung, werden dort seit Jahren intensive Bemühungen unternommen, die bauliche Substanz dieses bedeutsamen historischen Bauwerks zu sichern. Bei einer Besichtigung der Gewölbe konnten sich die Abgeordneten einen Eindruck von den bereits erfolgten höchst anspruchsvollen baulichen Maßnahmen machen, die das vor Ort engagierte deutsch-polnische Team bereits erfolgreich umgesetzt hat. Drainagearbeiten und die Sicherung der Fundamente hatte dabei oberste Priorität. Durch die Geschichte der Grafen Lehndorff als einer der bedeutendsten Familien des ostpreussischen Adels und nicht zuletzt durch die Rolle seines letzten Besitzers Heinrich Graf Lehndorff (1909 - 1944) in den Reihen des Widerstands des 20. Juli 1944 ist Schloss Steinort ein für die deutsche Geschichte höchst bedeutender Ort, dessen Zukunft es in enger deutsch-polnischer Zusammenarbeit zu sichern gilt. Geografisch zwischen dem einstigen Führerhauptquartier "Wolfsschanze" und dem Oberkommando des Heeres gelegen, gedachte

die deutsche Delegation den Opfern des Widerstands vom 20. Juli 1944 stellvertretend mit einer Kranzniederlegung am Gedenkstein für Heinrich Graf Lehndorff im Park vor Schloss Steinort.

Die enge Beziehung zahlreicher Orte des südlichen Ostpreußens zu Deutschland

wurde auch beim Besuch von Schlobitten deutlich, wo die eindrucksvolle Ruine des Schlosses der Fürsten und Burggrafen zu Dohna bis heute die Landschaft prägt. Nach einer Besichtigung der heute katholischen Dorfkirche Schlobittens kam es zu einem Ge-



Mit dem Vize-Marschall der Wojewodschaft Pommern, Ryszard Swilski (2.v.r.), und Generalkonsulin Cornelia Pieper in Danzig.

Foto: privat

dankenaustausch mit dem dortigen Pfarrer Miroslaw Wnek, der bestens über bevorstehende Besuche aus Deutschland in der Region informiert war und insbesondere den engen Austausch mit den früheren deutschen Bewohnern Ostpreußens würdigte. Daran knüpfte auch ein Gedanken-

austausch mit dem Bürgermeister von Marienburg, Marek Charzewski, an, der nicht nur einen engen kommunalpolitischen Austausch mit der nordrhein-westfälischen Partnerstadt Monheim zur Sprache brachte, sondern insbesondere die zahlreichen Initiativen der einstigen deutschen



Foto: privat

Nach dem Besuch der Marienburg führten die deutschen Parlamentarier einen Gedankenaustausch mit Bürgermeister Marek Charzewski (2. v. l.)

Einwohner Marienburgs, wie beispielsweise bei der Sanierung des historischen Jerusalem-Hospitals, würdigte.

Im Gespräch mit dem Vizemarschall der Wojewodschaft Pommern in Danzig, Ryszard Swilski, betonte dieser die guten Verbindungen der Wojewodschaft Pommern zu Deutschland, die vor allem auch aufgrund der gemeinsamen Geschichte von großer Bedeutung seien.

Neben der unvergleichlichen landschaftlichen Schönheit Ostpreußens und des großen landwirtschaftlichen Potentials der Region nahmen die deutschen Parlamentarier viele positive Eindrücke von der Präsenz der deutschen Minderheit wie auch des historischen kulturellen Erbes aus deutscher Zeit mit nach Hause. Durch das Wirken von Heimatverbliebenen und Heimatvertriebenen sind Deutschland und Polen heute mehr denn je verbunden. Die politische Unterstützung dieser Themen wird daher auch künftig von großer Bedeutung bleiben.



Foto: privat

Beim Besuch der Kirche von Schlobitten mit Pfarrer Miroslaw Wnek und einem Vertreter des Gemeinderats



Foto: privat

Auch über 70 Jahre nach seiner Zerstörung prägt die Ruine von Schloss Schlobitten die Landschaft Ostpreußens

Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften

Deutsche Minderheit in Polen feiert ihr 25. Jubiläum in Oppeln



Foto: privat

Im Sejmik der Wojewodschaft Oppeln eröffnete eine politische Diskussion die Feierlichkeiten zum 25. Jubiläum des Verbands der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen

Am ersten September-Wochenende 2016 feierte der Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) das 25. Jubiläum seiner Gründung. In Anwesenheit des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk, seines Amtsvorgängers Christoph Bergner und des deutschen Botschafters in Warschau, Rolf Nickel, fand das Jubiläum seinen Auftakt mit der Würdigung von Magdalene Wysdak und Barbara Loch, die für ihr Engagement zur Gründung von Kindergärten und Schulen des Vereins "Pro Liberis Silesiae" mit einer Dankesurkunde des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Polen ausgezeichnet wurden.

Während zeitgleich in Berlin der diesjährige Festakt zum "Tag der Heimat" des Bundes der Vertriebenen mit Bundespräsident Joachim Gauck stattfand, setzte sich das Programm in Oppeln mit einer politischen Diskussionsrunde im Sitz des Sejmik der Wojewodschaft Oppeln fort, gefolgt von einem ökumenischen Gottesdienst in deutscher und polnischer Sprache, der vom Bischof der Diözese Oppeln, Andrzej Czaja, und unter Mitwirkung des evangelischen Pfarrers Wojciech Pracki und Pfarrers Piotr Tarlinski geleitet wurde. Beim anschließenden Konzert in der Phil-

harmonie von Oppeln wurden der frühere Erzbischof von Oppeln, Alfons Nossol, Bundesbeauftragter Hartmut Koschyk, die Vorsitzende der deutschen Minderheit in Breslau und Vizevorsitzende des VdG, Renata Zajackowska und Prälät Wolfgang Globisch für ihr Engagement für die Belange der deutschen Minderheit in Polen ausgezeichnet.

In seiner Festansprache ging der Vorsitzende des VdG, Bernard Gaida, auf das Schicksal der deutschen Minderheit in Polen ein.

Während man gegenüber den polnischen Behörden vor 1989 seine Herkunft geheim halten müssen, seien große Bemühungen unternom-



Foto: privat

In der Kathedrale von Oppeln fand ein von Bischof Andrzej Czaja geleiteter gehaltener ökumenischer Festgottesdienst auf Deutsch und Polnisch statt

men worden, auf der Basis christlicher Werte normale Beziehungen zu Polen aufzubauen. Auch im Hinblick auf das 25. Jubiläum des zwischenstaatlichen Freundschaftsvertrags in diesem Jahr betonte er, die Mitglieder der deutschen Minderheit hätten "über die Jahre Tausende von kleinen Verträgen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit" geschlossen. Leider sei durch das Verbot der deutschen Sprache zu kommunistischer Zeit über Generationen hinweg der Kontakt zur Muttersprache gerin-

ger geworden und die Folgen dementsprechend immer noch spürbar. Bernard Gaida erinnerte auch daran, dass es die Gewerkschaft Solidarnosc gewesen sei, die bereits im Jahre 1981 den Anspruch der deutschen Minderheit auf Muttersprache und Kultur unterstützt habe.

In Grußworten betonte der Marschall der Wojewodschaft Oppeln, Andrzej Buła, dass man die guten nachbarschaftlichen Beziehungen pflegen müsse, ohne zu sehr darauf zu achten, was in den Hauptstädten geschehe. In einem emotionalen Grußwort des Bürgermeisters von Brieg, Jerzy Wrebiak, erinnerte dieser nicht nur an die engen Kontakte Briegs zur Partnerstadt Goslar, den deutschen Heimatvertriebenen und Betreibern der dortigen "Historischen Sammlung Brieg" im Stift Großes Heiliges Kreuz. Ausdrücklich richtete er seinen Dank auch im Namen der aus der früher ostpolnischen Region um Lemberg nach Brieg gekommenen Einwohner an die Vertreter der deutschen Minderheit. Als großen Brückenbauer zwischen seiner Stadt und Deutschland erinnerte er zugleich an den aus Brieg stammenden Dirigenten des Leipziger Gewandhaus-Orchesters Kurt Masur (1927 - 2015).

Nach den offiziellen Feierlichkeiten am Samstag setzte sich das Programm am Sonntag mit einem "Tag der offenen Tür" unter Beteiligung zahlreicher Deutscher Freundschaftskreise (DFK) aus ganz Polen fort.



Foto: privat

Konzert und Festansprachen fanden in der Philharmonie von Oppeln statt, hier Bundesbeauftragter Hartmut Koschyk

Gedenken im Sächsischen Landtag in Dresden

Erinnerung an Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung



Foto: privat
Klaus Brähmig und der Gastgeber, Sachsens Landtagspräsident Matthias Rößler, während des Festakts in Dresden

Neben dem Freistaat Bayern und dem Land Hessen ist der Freistaat Sachsen das dritte Bundesland, das seit dem Jahre 2014 einen landesweiten Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung begeht. Damit würdigt Sachsen die gelungene Integration und die Aufbauleistungen der über eine Million Hei-

matvertriebenen und Aussiedler, die nach dem Zweiten Weltkrieg nach Sachsen gekommen sind. Die diesjährige Festansprache im Sächsischen Landtag zu Dresden hielt Staatskanzleichef und Staatsminister für Europafragen Fritz Jaeckel. In einem Grußwort an die Teilnehmer blickte der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Klaus Brähmig, auf die Vertriebenenpolitik in der 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages zurück. Dabei skizzierte er die Grundzüge der seit dem 1. August 2016 in Kraft befindlichen Richtlinie über eine Anerkennungsleistung für ehemalige zivile deutsche Zwangsarbeiter. Hier habe das Bundesverwaltungsamt mit Sitz in Hamm (Westf.) ei-

nen eigenen Stab eingerichtet. Sämtliche Informationen zur Beantragung inklusive der dazu notwendigen Formulare seien über das Internet oder eine Telefonhotline abrufbar. Rückmeldungen von ersten Betroffenen zeigten, dass auch mit der Auszahlung der symbolischen Entschädigungsleistung in Höhe von 2.500 Euro bereits begonnen wurde.



Foto: privat
Teilnehmer des diesjährigen Gedenktags am 11. September 2016 im Sächsischen Landtag

Grundsteinlegung des Sudetendeutschen Museums

In München entsteht Zentrum umfassender Geschichtsdarstellung



Foto: privat
Grundsteinlegung des Sudetendeutschen Museums am 16. September 2016

In Anwesenheit der bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer und der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Monika Grütters, sowie zahlreichen Vertretern aus Politik, Kirchen und Gesellschaft ist am 16. September 2016 an der Hochstraße in München der Grundstein für das Sudetendeut-

sche Museum gelegt worden. Für die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten nahmen der erste stellvertretende Vorsitzende Bernd Fabritius und der Münchner Bundestagsabgeordnete Wolfgang Stefinger an der Zeremonie teil. Vertreter der Bayerischen Staatsregierung, nicht zuletzt Ministerpräsident Horst Seehofer und Sozial- und Schirmherrschaftsministerin Emilia Müller, betonten dabei die große Bedeutung der Sude-tendeutschen als "viertem Stamm" in Bayern und die Rolle des Museums als "Leuchtturmprojekt" in der Museumslandschaft des Freistaats.

Der bayerische Regierungschef und CSU-Vorsitzende betonte, der Bau des Sudetendeutschen Muse-

ums sei für ihn eine "Herzensangelegenheit" und wichtiger Baustein in der Vertriebenenpolitik in Bayern. Er habe den Bau dieses Hauses von Beginn an im Regierungsprogramm der Bayerischen Staatsregierung verankert. Landtagspräsidentin Barbara Stamm, die als ehemalige Sozialministerin ebenso anwesend war, wie ihre Nachfolgerin Christa Stewens,



Foto: privat
Feierstunde im Sudetendeutschen Haus in München



Bei der Grundsteinlegung trafen sich: Wolfgang Stefinger, Barbara Stamm, Emilia Müller, Christa Stewens, Bernd Fabritius, Andreas Lorenz

der Sudetendeutschen fülle einen wichtigen Platz in den Beziehungen zur Tschechischen Republik aus. In dieser Hinsicht sei das Museum eine wichtige Ergänzung. Der Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, der langjährige Europaabgeordnete Bernd Posselt, dankte dem Freistaat Bayern und dem Bund, der sich mit bis zu 10 Millionen Euro an des Kosten des Museumsneubaus beteiligt, für die massive Unterstützung in Sachen Museum und hob vor allem hervor, es gehe "nicht nur um Vitrinen und Erinnerungsgegenstände, sondern um ein



Einbringung der Zeitkapsel in Anwesenheit von Ministerpräsident Horst Seehofer und der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Monika Grütters

betonte die Bedeutung des Museums für die Pflege und Erhaltung des kulturellen Erbes der sudetendeutschen Heimatvertriebenen. Alle Redner würdigten den aktuellen Stand der deutsch-tschechischen Beziehungen und die künftige Rolle des Museums als Ort der Begegnung. Zugleich wurde die Bedeutung des "Sudetendeutschen Hauses" unterstrichen. Die Kultur und Geschichte der Deutschen in Böhmen, Mähren und in Sudetenschlesien sei nicht zur Musealisierung bestimmt, sondern die identitätsstiftende Arbeit



Während der Grundsteinlegung an der Hochstraße in München zwischen Gasteig und Isar

lebendiges Zentrum für eine trotz Vertreibung sehr lebendige Volksgruppe, die derzeit gerade den Übergang in die nachwachsenden Generationen" schaffe. Zusammen mit dem angrenzenden "Sudetendeutschen Haus" und dem "Haus des Deutschen Ostens" soll das Museum zum neuen Zentrum für die Kulturpflege der deutschen Heimatvertriebenen werden. Eine wichtige Lücke in der Erinnerungslandschaft für diesen einstmalig deutsch geprägten Teil Mittelest- und Südosteuropas wird auf diese Weise geschlossen.

Seminar zur deutsch-tschechische Erinnerungskultur

Klaus Brähmig berichtet im "Heiligenhof" in Bad Kissingen



v.l.: Klaus Brähmig mit dem Präsidenten der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Reinfried Vogler

dabei über aktuelle und künftige Herausforderungen der Vertriebenenpolitik.

Hinsichtlich des Erhalts von materiellem Kulturerbe betonte Klaus Brähmig die große Bedeutung der "Heimatsammlungen". Es sei wichtig, dafür Sorge zu tragen, dass das in den Heimattuben zusammengetragene Kulturerbe, das unter schwierigsten Bedingungen vor über 70 Jahren aus der alten Heimat gerettet worden sei, für künftige Generationen erhalten bleibe. Er unterstrich die Notwendigkeit, von Seiten der Politik Hilfestellung für den Fall zu geben, dass eine Heimattube nicht in ihrer bisherigen Form weiterbetrieben werden könne.

Als Mitglied des Verwaltungsrats des Deutsch-Tschechischen Zukunfts-

fonds berichtete er von den Planungen, aus Anlass des 20-jährigen Jubiläums der Unterzeichnung der Deutsch-Tschechischen Erklärung von 1997 im kommenden Jahr einen "Deutsch-Tschechischen Kulturfrühling" durchzuführen. An diesem sollen auch die Vertreter der deutschen Minderheit in Tschechien aktiv mitwirken.

Klaus Brähmig unterstrich die Fortschritte, die in den vergangenen Jahren im deutsch-tschechischen und tschechisch-bayerischen Verhältnis erzielt worden seien. Der emotionale Empfang des tschechischen Ministers für Kultur, Daniel Herman, auf dem Sudetendeutschen Tag 2016 sei ein klarer Beweis dafür. Es gelte nun, diese bereits erzielten Fortschritte abzusichern und auf ihrer Basis weiterzuarbeiten.

Charlotte-Dietrich-Schule in Hermannstadt eröffnet

Deutsche Wirtschaft und evangelische Kirche gemeinsam aktiv



Foto: Privat

Klaus Brähmig hielt am 4. Oktober 2016 das Grußwort zur Eröffnung der Charlotte-Dietrich-Schule in Hermannstadt

Als Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag war Klaus Brähmig in diesem Jahr der Festredner zum Empfang des Deutschen Konsulats Hermannstadt zum "Tag der Deutschen Einheit" am 3. Oktober 2016. Dabei erinnerte er an den Besuch von Bundespräsident Joachim Gauck in Siebenbürgen im Sommer dieses Jahres.

Der Bundespräsident hatte im Beisein des rumänischen Staatspräsidenten Klaus Johannis auch die Vertreter des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien getroffen und als Teil des bedeutenden gemeinsamen Kulturerbes die Kirchenburg in Heltau besucht. Beide Staatspräsidenten haben die Schirmherrschaft über die "Stiftung Kirchenburgen" übernommen, die sich dem Erhalt dieser einzigartigen Bauwerke widmet. Klaus Brähmig betonte, die siebenbürgisch-sächsischen Kirchenburgen seien bis heute von großer Landschaftsprägung und hätten eine große identitätsstiftende Wirkung.

Daneben würdigte er das langjährige Engagement deutscher Wirtschafts-

unternehmen in Siebenbürgen, die einen wesentlichen Beitrag zur positiven Entwicklung der Region und der deutsch-rumänischen Beziehungen leisteten.

Unter Bezugnahme auf den Staatsbesuch von Bundespräsident Roman Herzog in Rumänien im Jahre 1995 erinnerte Brähmig an das damalige Bekenntnis des deutschen Staatsoberhauptes zu einem kontinuierlichen Engagement der Bundesrepublik Deutschland für die Zukunft der Region Siebenbürgen und eine Unterstützung der deutschen Minderheit. Dieses sei damals wichtig gewesen und bis heute eine Konstante deutscher Politik geblieben.

Daneben nahm Klaus Brähmig an der Einweihung der Charlotte-Dietrich-Schule in Hermannstadt teil. Diese war unter Unterstützung von Unterneh-

men aus der deutschen Wirtschaft und gesellschaftlichen Institutionen wie der Michael-Schmidt-Stiftung entstanden. Klaus Brähmig wies darauf hin, dass mit dieser neuen Bildungseinrichtung ein bedeutendes Stück sächsischer Schultradition mit neuem Leben erweckt würde: Die Gründung einer Schule, bei der die Evangelische Kirchengemeinde Augsburg-Berliner Bekenntnisses in Hermannstadt wieder als Mit-Trägerin einer Bildungsstätte in Erscheinung tritt. Die Kirche hatte das Gebäude im Hermannstädter Ortsteil Hammersdorf zur Verfügung gestellt. Mit der genau vor 100 Jahren verstorbenen Charlotte Dietrich, der ersten Vorsitzenden des Evangelischen Frauenvereins in Siebenbürgen, wurde eine engagierte Pionierin als Namenspatronin Ihrer Schule gewählt, die in ihrer Zeit dazu beitrug, Frauen den Weg ins Lehramt zu ermöglichen. Mit der Wahl dieses Namens bezeugten die Träger des Schulprojekts das tiefe Bewusstsein für die Geschichte der Region und der aus ihr stammenden Persönlichkeiten, so Klaus Brähmig.



Foto: Privat

Die Deutsche Konsulin in Hermannstadt, Judith Urban (r.), hatte am 3. Oktober 2016 zum Empfang zum "Tag der Deutschen Einheit" eingeladen, an dem auch Hermannstadts Oberbürgermeisterin Astrid Fodor (2.v.l.) teilnahm. Klaus Brähmig hielt die Festrede.

„Nach so langer Zeit wird unser Schicksal gewürdigt ...“ Die 92-jährige Elisabeth Till berichtet über ihr Schicksal als deutsche Zwangsarbeiterin in der Sowjetunion



Foto: Hartmut Koschyk

Rainer Hoffstedde, Maria Dierkes, Bernd Fabritius, Johann Till, Elisabeth Till, Hartmut Koschyk, Klaus Brähmig MdB, Sebastian Klappert, Tina Tawackolian, Jörg Bentmann

Im November 2015 hat der Deutsche Bundestag beschlossen, das persönliche Schicksal derjenigen Deutschen, die während und nach dem Zweiten Weltkrieg wegen ihrer deutschen Staatsangehörigkeit oder ihrer deutschen Volkszugehörigkeit Zwangsarbeit leisten mussten, mit einer einmaligen, symbolischen Anerkennungsleistung in Höhe von 2.500 Euro zu würdigen. Unter der koordinierenden Leitung des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk MdB, und mit Beteiligung des Bundes der Vertriebenen und Fachhistorikern wurde im Bundesministerium des Innern eine entsprechende Richtlinie ausgearbeitet, die nach Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages zum 1. August 2016 in Kraft trat.

Mit der Umsetzung der Richtlinie wurde das Bundesverwaltungsamt beauftragt. Bis jetzt sind dort rund 3.000 Anträge eingegangen und 5.000 Telefonanrufe wurden entgegengenommen. Die ersten Leistungsbescheide

für die Anerkennungsleistung sind bereits ergangen.

Stellvertretend für diese bedeutende Opfergruppe lud der Bundesbeauftragte Hartmut Koschyk die 92-jährige, im siebenbürgischen Mühlbach (rumänisch: Sebeș) geborene und im Banat aufgewachsene Elisabeth Till in das Bundesministerium des Innern zur persönlichen Übergabe des Bescheides über die Anerkennungsleistung ein. Sie wurde von ihrem Sohn begleitet. Im Kreise von Bundesbeauftragtem Koschyk, dem Bundestagsabgeordneten und Präsidenten des Bundes der Vertriebenen Dr. Bernd Fabritius, der wie Elisabeth Till im rumänischen Siebenbürgen geboren wurde, dem Vorsitzenden der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutsche Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag Klaus Brähmig sowie Mitarbeitern des Bundesministeriums des Innern und des Bundesverwaltungsamtes berichtete sie über ihre Lebensgeschichte und insbesondere über ihr Zwangsarbeiterschicksal.

Elisabeth Till ist die Tochter eines siebenbürgischen Vaters und einer Mutter aus dem Banat. Sie wuchs in Kleinjetscha (Iecia Mică) und in Temeswar (Timișoara) im rumänischen Banat auf. Am 15. Januar 1945, nach der Besetzung Rumäniens durch die sowjetische Armee, wurde sie im Alter von 20 Jahren ohne Vorankündigung in Gewahrsam genommen und in den Ort Hatzfeld (Jimbolia) verbracht, wo sie gemeinsam mit anderen Banater Schwaben mehrere Tage in einem stehenden Güterwagen eingesperrt war. Im Februar 1945 erreichte dieser Zug das sowjetukrainische Dnjepropetrowsk (heute: Dnipro). Zunächst war sie in einfachsten Baracken mit dreistöckigen Pritschen untergebracht, ohne sanitäre Einrichtungen und mit völlig unzureichender Verpflegung; in den vier Jahren der Deportation bekam sie kein einziges Mal ein Stück Fleisch zu essen. Infolge Hunger, Kälte und mangelnder medizinischer Versorgung musste Elisabeth Till viele ihrer Landsleute sterben sehen; die Gesamtzahl der Todesopfer schätzen Historiker auf etwa 9.000 der insgesamt 70.000 bis 80.000 Deportierten.

Jeden Morgen musste Elisabeth Till zu Fuß, bei jedem Wetter und stets streng bewacht, in ein Ausbesserungswerk der Eisenbahn laufen, wo sie für Bauarbeiten auf dem Werksgelände eingesetzt wurde. In besonderer Erinnerung ist ihr geblieben, dass die Deportierten von den Wachmannschaften immer wieder zum Singen angehalten wurden, auch wenn gleichzeitig viele vor Entkräftung zusammenbrachen.

Ende 1946 wurde Elisabeth Till in ein anderes Lager verlegt, wo die Bedingungen besser waren. Der Kontakt zur Familie war weitestgehend unterbunden, erst im zweiten Jahr ihrer Deportation durfte sie über das Rote Kreuz eine Postkarte mit der knappen Auskunft „Mir geht es gut“ nach Hause schicken. Von den vielen Briefen, die

ihr ihre Mutter schrieb, hat sie keinen einzigen erhalten. Elisabeth Till berichtete auch von dem Zusammenhalt unter den deportierten Deutschen; das gemeinsame Begehen von kirchlichen Festen wie Weihnachten und Ostern, aber auch gemeinschaftliches Singen und Tanzen gaben vielen die Kraft zum Überleben.

Ein Unfall in einer Baugrube, als ein herabstürzendes Brett Elisabeth Till drei Rippen brach, rettete ihr das Leben. Zehn Minuten, nachdem sie aus der Grube herausgeholt worden war, stürzte die Baugrube ein und begrub drei deutsche Zwangsarbeiterinnen, die dieses Unglück nicht überlebten. Die schwerverletzte Elisabeth Till wurde – nach vier Jahren Zwangsarbeit – in ihre Banater Heimat entlassen. Zunächst gelang es ihr, im siebenbürgischen Kronstadt (Braşov) ein Architekturstudium aufzunehmen, aber nach einem Jahr wurde sie von den kommunistischen Machthabern relegiert, weil ihr Vater vor dem Krieg in Mühlbach Unternehmer gewesen war und das Hotel „Zum goldenen Löwen“ (Leul de Aur) besessen hatte. Sie arbeitete anschließend als Buchhalterin in Temeswar.

1976 siedelte sie mit ihrer Familie in die Bundesrepublik Deutschland aus. Bis 1988 fuhr sie mit ihrem Ehemann regelmäßig in ihre Heimat. Heute leben keine Verwandten mehr in Rumänien, im Dorf Kleinjetscha gibt es heute überhaupt keine Deutschen mehr. Elisabeth Till lebt heute in Berlin und führt mit 92 Jahren noch ihren eigenen Haushalt.

Ihr Sohn, Johann Till, hatte 1976 gerade sein rumänisches Abitur absolviert. In Deutschland erwarb er durch

ein Ergänzungsjahr bei der Otto-Bencke-Stiftung im niederrheinischen Geilenkirchen die deutsche Hochschulreife und studierte Architektur. Nach vielen Jahren selbstständiger Tätigkeit war er unter anderem für das Technische Hilfswerk für die Errichtung von Bauwerken in Afghanistan verantwortlich.



Foto: Archiv Johanna Till

Johanna Till mit zwei Zwangsarbeiterinnen in Hatzfeld

Sichtlich bewegt bedankten sich Bundesbeauftragter Hartmut Koschyk, Bernd Fabritius und Klaus Brähmig im Namen von allen Anwesenden bei Elisabeth Till für ihren eindrucksvollen Vortrag. Es sei noch einmal deutlich geworden, wie richtig und wie wichtig die Entscheidung des Deutschen Bundestages für die Gewährung der Anerkennungsleistung für zivile deutsche Zwangsarbeiter gewesen sei. Der Leiter der Projektgruppe „Anerkennungsleistung deutsche Zwangsarbeiter“ im Bundesverwaltungsamt, Rainer Hoffstedde, überreichte Elisabeth Till ihren Leistungsbescheid.

Elisabeth Till unterstrich auch die emotionale und moralische Bedeutung der symbolischen finanziellen

Anerkennungsleistung: „Nach so langer Zeit wird unser Schicksal gewürdigt!“

Hartmut Koschyk betonte, dass die entscheidende Initiative für die Anerkennungsleistung für deutsche Zwangsarbeiter aus dem Parlament gekommen sei. Er würdigte hierbei besonders den Einsatz der beiden zuständigen Haushaltsberichterstatter der Koalitionsfraktionen, Martin Gerster und Dr. Reinhard Brandl sowie der innenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion und der SPD-Fraktion, Stephan Mayer und Burkhard Lischka. Besondere Anerkennung gebühre auch der Fachebene des Bundesministeriums des Innern mit Abteilungsleiter Jörg Bentmann und Referatsleiter Manfred Michl, die innerhalb kurzer Frist die vom Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages verlangte Richtlinie in enger Abstimmung mit dem Parlament und dem Bund der Vertriebenen ausgearbeitet hätten.

Die Abgeordneten dankten zum Schluss Rainer Hoffstedde und seiner Stellvertreterin Maria Dierkes stellvertretend für alle Mitarbeiter des Bundesverwaltungsamt für die bisherige Arbeit. Sie hätten den festen Eindruck gewonnen, dass die Mitarbeiter bei der Bearbeitung sehr engagiert seien und sehr professionell arbeiteten. In Kürze werde auch ein besonderer Beirat aus Bundestagsabgeordneten, Historikern und Vertretern des Bundes der Vertriebenen gebildet, der über komplexe Sachverhalte bei der Antragsprüfung beraten solle.

„Verschwunden“. Orte, die es nicht mehr gibt

Zentrum gegen Vertreibungen eröffnet Ausstellung in Berlin

Im historischen Kronprinzenpalais Unter den Linden eröffnete das „Zentrum gegen Vertreibungen“ unter Vorsitz von Erika Steinbach Anfang November 2016 eine sehr sehenswerte neue Ausstellung. Unter dem Titel „Verschwunden. Orte, die es nicht mehr gibt“, werden Orte und Gebäude des historischen deutschen Ostens vorgestellt, die heute nicht mehr auf den Landkarten zu finden

auf ansprechend gestalteten Schautafeln vergegenwärtigt. Ein Film begleitet verschiedene Zeitzeugen an die Orte ihrer Kindheit in Ostpreußen, Oberschlesien, in der Neumark und im Sudetenland. Diese Zeitzeugen-Interviews machen eindrucksvoll deutlich, was der Begriff der Heimat und des Heimatverlusts bis heute für viele Menschen bedeutet.

ckenstein erweitert werden soll. Außerdem wird der aus dem Jahre 2015 stammende Siegerentwurf des jungen Kaliningrader Architekten Anton Sagal vorgestellt, der Pläne für eine anspruchsvolle Teilrekonstruktion des Königsberger Schlosses erarbeitet und damit einen dahinterstehenden internationalen Architektenwettbewerb gewonnen hat. Auf Initiative der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler



Foto: privat

v.l.: Gundula Bavendamm, Philipp Lengsfeld, Milan Horáček, Hans-Gert Pöttering, Wilfried Rogasch, Erika Steinbach, Bernd Neumann, Klaus Brähmig bei der Eröffnung



Foto: privat

v.l.: Hans-Gert Pöttering, Bernd Neumann, Klaus Brähmig, Erika Steinbach



Foto: privat

v.l.: Stephan Mayer, Eckhard Pols, Iris Ripsam, Klaus Brähmig beim Besuch der Gruppe der Vertriebenen in der Ausstellung



sind, oder ausschließlich als Ruinen fortbestehen. Durch Beispiele hauptsächlich aus der heutigen polnisch-russischen Grenzregion im früheren Ostpreußen sowie im Sudetenland werden die ideologischen, ökonomischen und sozialen Gründe dargestellt, weshalb Ortschaften und deutsche Kulturzeugnisse heute nicht mehr existieren. Dabei werden die „verschwundenen Orte“ nicht nur anhand von Bildmaterial und entsprechenden Begleitinformationen

Neben der Präsentation umfangreichen historischen Bildmaterials gibt die Ausstellung zudem einen interessanten Überblick über den aktuellen Stand der Forschung. So wird beispielsweise das multinationale und federführend vom Marburger „Herder-Institut“ geleitete Projekt der virtuellen Rekonstruktion der ostpreußischen Schlösser Friedrichstein und Schlodien wiedergegeben, das zu einem späteren Zeitpunkt um die Schlösser in Schlobitten und Fin-

und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion war dieser Entwurf bereits im Sommer 2016 in Dresden und Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Die Ausstellung des „Zentrums gegen Vertreibung“ wird nach Ende der Berliner Präsentation ab Anfang 2017 deutschlandweit zu sehen sein und auf diese Weise die verschwundenen Orte des historischen deutschen Ostens bundesweit im Bewusstsein der Öffentlichkeit verankern.

Zivilgesellschaftlichen Austausch intensivieren

Bernhard Kaster führt Gespräche im nördlichen Ostpreußen



Foto: Andreas Maier (deutsches Generalkonsulat)

Kranzniederlegung auf der Kriegsgräberstätte an der "Cranzer Allee" in Königsberg/Kaliningrad

bei Vorbereitung und Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen im Jubiläumsjahr. „Mit Blick auf die aktuelle politische Lage halte ich es für wichtig, besonders den zivilgesellschaftlichen Austausch zu intensivieren. Das gemeinsame Gedenken an Immanuel Kant ist eine gute Gelegenheit dafür“, merkte Kaster nach dem Gespräch an.

Ein weiterer Teil des Programms der Reise

Gebäudes bedroht, da Diebe Ziegelsteine aus dem Mauerwerk entwendeten. Kaster zeigte sich von dem Engagement der lokalen Initiative beeindruckt. „Mit bescheidenen Mitteln wird hier ein wichtiger Beitrag zum Erhalt der Geschichte der Ortschaft geleistet“, so der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion.

Ebenfalls besuchte Kaster die Kriegsgräberstätte des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge an der Cranzer Allee in Königsberg und legte dort einen Kranz im Namen der CDU/CSU-Fraktion nieder.

Für den Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion war es sehr bemerkenswert, wie man insgesamt in Kaliningrad, in Politik wie auch Zivilgesellschaft, bemüht ist, sich der deutschen Geschichte dieser Region zuzuwenden, um sie auch Teil der eigenen Identität werden zu lassen. Dies geschehe auch in dem Wissen, dass es sich dabei stets um eine Gratwanderung handele, gebe es doch auch jene, die sehr schnell vor einer „Germanisierung“ warnen.

Vom 24. bis zum 27. Oktober 2016 besuchte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und Vorsitzende der Deutsch-Russischen Parlamentariergruppe, Bernhard Kaster, die Stadt Königsberg und die Region Kaliningrad. Begleitet wurde er vor Ort von dem deutschen Generalkonsul in Kaliningrad, Michael Banzhaf.



Foto: Andreas Maier (deutsches Generalkonsulat)

Die Kriegsgräberstätte an der "Cranzer Allee" in Königsberg: Im Jahre 1995 wurde mit den Planungen begonnen. Die Eröffnung fand am 23. August 2003 auf dem ehemaligen Zivildfriedhof statt

Neben politischen Gesprächen mit Vertretern der Gebietsregierung, des Gebietsparlamentes und dem Menschenrechtsbeauftragten der Region, traf Kaster mit dem Rektor der Immanuel-Kant-Universität, Andrey Klemeshev, zusammen. Klemeshev informierte Kaster über die laufenden Vorbereitungen für das Jubiläum anlässlich des 300. Geburtstages Immanuel Kants in 2024 und bekundete großes Interesse an einer Zusammenarbeit mit deutschen Universitäten

war auch der Besuch der Ortschaft Tharau (Wladimirowo). Dort engagiert sich eine Bürgerinitiative für den Erhalt der historischen Dorfkirche, welche sich in einem schlechten baulichen Zustand befindet. Die Dorfkirche wurde über Jahrzehnte als Lager für Düngemittel genutzt, was der Bausubstanz zugesetzt hat. Zudem ist die Statik des



Foto: Bernhard Kaster

Besuch der Ruine der historischen Dorfkirche in Tharau. Der Geburtsort von Anna Neander (1615 - 1689) wurde durch die Verse des "Ännchen von Tharau" von Simon Dach bekannt.

Strobl zum Landesbeauftragten für Vertriebene und Spätaussiedler berufen

Strobl wird erster Ansprechpartner für Anliegen und Interessen von deutschen heimatvertriebenen Landsleuten, Flüchtlingen und Spätaussiedlern

Foto: Landesregierung Baden-Württemberg



Thomas Strobl

„Jeder vierte in Baden-Württemberg hat einen Vertriebenenhintergrund. Flucht und Vertreibung ist damit Bestandteil der baden-württembergischen Identität. Dem trägt die Landesregierung durch die Pflege und den Erhalt des Kulturguts der Deutschen im östlichen Europa Rechnung. Mit meiner Berufung zum Landesbeauftragten bin ich erster Ansprechpartner für die Anliegen und Interessen der deutschen heimatvertriebenen Landsleute, Flüchtlinge und Spätaussiedler“, sagte der Stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration, Thomas Strobl.

Die Pflege und der Erhalt des Kulturguts der deutschen Vertriebenen,

Flüchtlinge und Spätaussiedler ist nach dem Bundesvertriebenengesetz Aufgabe des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration. Das Land betreibt zu diesem Zweck unterschiedliche Kultur- und Forschungseinrichtungen: Das Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde in Tübingen, das Institut für Volks-

kunde der Deutschen des östlichen Europa in Freiburg, das Donauschwäbische Zentralmuseum in Ulm, das auch vom Bund, der Stadt Ulm sowie den vier donauschwäbischen Landsmannschaften mitgetragen wird, die Donauschwäbische Kulturstiftung des Landes Baden-Württemberg in Stuttgart und das Haus der Heimat in Stuttgart, das erst vergangene Woche sein 40-jähriges Bestehen feierte.

Im Rahmen seines Auftrags hat das Land auch Patenschaften über die Donauschwaben, die Banater Schwaben und die Deutschen aus Russland übernommen. Es setzt darüber hinaus den Kulturauftrag im Rahmen der Donaunraumstrategie um und vergibt

Zuschüsse an Vertriebenenverbände für deren Kulturarbeit.

„Die Aktivitäten des Landes zeigen, dass das Land Baden-Württemberg die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge wertschätzt. Wir fühlen uns dem kulturellen Erbe verpflichtet und werden dieses auch in Zukunft weiter pflegen. Zentrale Herausforderung hierbei wird sein, dieses Erbe auch bei den Jüngeren im Bewusstsein zu erhalten, die keine persönlichen oder in der Familie tradierten Erinnerungen an die Herkunftsgebiete haben“, so Strobl.

„Im August 1950 wurde die Charta der deutschen Heimatvertriebenen unterzeichnet und in Stuttgart-Bad Cannstatt verkündet. Sie steht für ein friedliches Miteinander und ist ein Zeichen für ein erfolgreiches Zusammenleben in einem geeinten Europa. Auch dadurch hat das Land besondere Beziehungen zu den heimatvertriebenen Landsleuten, dem ich als Landesbeauftragter Rechnung tragen werde.“

Sauer: Wichtiges OMV/UdVF-Anliegen in Baden-Württemberg endlich umgesetzt

Innenminister Strobl jetzt Landesbeauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler



Foto: OMV

Helmut Sauer

Zur Berufung des baden-württembergischen Innenministers Thomas Strobl zum Landesbeauftragten für Vertriebene und Spätaus-

siedler erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU-Union der Vertriebenen und Flüchtlinge (OMV/UdVF), Helmut Sauer (Salzgitter):

Mit der Berufung eines neuen Landesbeauftragten für Vertriebene und Spätaussiedler in Baden-Württemberg ist ein wichtiges Anliegen der OMV/UdVF endlich umgesetzt worden. Der Stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration, Thomas Strobl

(CDU), hat dieses Amt in der Nachfolge des während der letzten CDU-geführten Regierung zuständigen, damaligen Innenministers Heribert Rech (CDU) übernommen. Die in diesem Jahr abgewählte grün-rote Landesregierung hatte es bedauerlicherweise über Jahre versäumt, den Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern in Baden-Württemberg einen offiziell benannten Sachwalter an die Seite zu stellen. Der den Vertriebenen sehr zugewandte Innenminister Reinhold Gall (SPD) war nie zum Landesbeauftragten berufen worden.

Die OMV/UdVF hat stets betont, dass Baden-Württemberg eine besondere Verantwortung den Heimatvertriebenen, Flüchtlingen, Aussiedlern und Spätaussiedlern gegenüber hat, zumal in Stuttgart-Bad Cannstatt 1950 die Charta der deutschen Heimatvertriebenen verkündet wurde und das Land vielfältige Paten- und Partnerschaften über Einrichtungen der Vertriebenen und ihrer Verbände unterhält.

Daher ist es gut, dass die von UdVF und CDU ins Wahlprogramm und auch in den Koalitionsvertrag mit der Partei Bündnis 90/Die Grünen eingebrachte Zusage, die Position des Landesbeauftragten erneut zu besetzen, nunmehr eingehalten wurde. Dank dafür gebührt unter anderem meinem langjährigen Freund und CDU-Bundesvorstandskollegen Thomas Strobl, dem damaligen Beauftragten der CDU-Landtagsfraktion für die Angelegenheiten der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in Baden-Württemberg, Paul Nemeth MdL, sowie der für Innenminister Strobl in den Bundestag nachgerückten Vorsitzenden der UdVF Baden-Württemberg, unserer OMV-Bundesschatzmeisterin Iris Rippsam MdB.

Die CDU Baden-Württemberg bleibt ein verlässlicher Partner an der Seite der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

www.cducusu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

blogfraktion.de

Fraktion direkt

www.cducusu.de/fd



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt